

## Antrag A2004: Marktwirtschaft kann Tierschutz

Antragsteller/in: Bundesvorstand der Freien Demokraten

Der Bundesparteitag möge beschließen:

### 1 Marktwirtschaft kann Tierschutz

#### 2 Tierschutz ist eine Frage der Haltung

3 Tierschutz ist keine wirtschaftliche, es ist eine ethisch-moralische Frage.  
4 Sie kann deshalb auch nicht ausschließlich über den Markt beantwortet  
5 werden. Wir brauchen eine gesellschaftliche Wertedebatte, der eine klare  
6 Regulierung folgen muss. Wir Freie Demokraten haben die Aufnahme des  
7 Tierschutzes in das Grundgesetz vorangetrieben, weil dieser für uns  
8 untrennbar mit einer liberalen Werteordnung verbunden ist. Wie wichtig uns  
9 Freien Demokraten der Tierschutz schon in der Vergangenheit war,  
10 unterstreicht die Aussage des ehemaligen Bundesvorsitzenden Guido  
11 Westerwelle, der 2002 im Vorfeld der Bundestagswahl betont hat, dass, wer  
12 mit der FDP regieren wolle, wissen müsse, dass sie die Verankerung des  
13 Tierschutzes im Grundgesetz durchsetzen werde.  
14 Die Verankerung des Tierschutzes als Staatsziel im Grundgesetz ist ein  
15 Auftrag an unseren Rechtsstaat.

#### 16 Tierschutz heißt Tierwohl

17 Tierschutz reduziert sich nicht auf den Schutz wildlebender Arten, sondern  
18 umfasst ausdrücklich auch die Haus- und Nutztiere. Jedes Lebewesen sollte,  
19 wenn nicht in Freiheit, so doch möglichst artgerecht aufwachsen können.  
20 Diese Auffassung teilen wir Freie Demokraten mit der großen Mehrheit der  
21 Gesellschaft. Umfragen bestätigen immer wieder, wie wichtig den Deutschen  
22 der Tierschutz ist.  
23 Aber nicht nur das, auch die öffentlichen Debatten über Tiertransporte,  
24 intensive Tierhaltung, über bestimmte landwirtschaftliche Praktiken von  
25 Kastenständen für Sauen, über das Schreddern männlicher Küken bis hin zur  
26 betäubungslosen Kastration von Ferkeln zeigen, dass die Wertevorstellungen  
27 der Gesellschaft mit bestimmten Praktiken kollidieren. Die Konflikte  
28 zwischen Gesellschaft und Tierhaltung belasten beide Seiten, die  
29 Verbraucherinnen und Verbraucher stehen den Landwirtinnen und Landwirten  
30 misstrauisch gegenüber, diese wiederum sehen sich in vielen Dingen unter

31 einen ungerechtfertigten Generalverdacht gestellt. Wir Freie Demokraten  
32 sehen es als unsere Aufgaben an, diesen Konflikt aufzulösen. Dabei geht es  
33 uns um konsequenten Tierschutz aber auch um die Existenzfähigkeit unserer  
34 landwirtschaftlichen Betriebe.

### 35 **Tierwohl: Eine Chance für die Landwirtschaft**

36 Auch wenn in der aktuellen Debatte vielfach über Missstände in der  
37 landwirtschaftlichen Tierhaltung die Rede ist, darf nicht übersehen werden,  
38 dass es nicht nur Verschlechterungen sondern auch Verbesserungen gegeben  
39 hat. Alte Stallungen in der Milchviehwirtschaft waren oftmals geprägt von  
40 beengten Verhältnissen, schlechten Klimabedingungen sowie wenig  
41 artgerechten Haltungsbedingungen. Hier haben deutliche Verbesserungen  
42 stattgefunden, moderne Stallungen bieten mehr Bewegungsfreiraum und sind  
43 deutlich artgerechter, als dies bei alten Stallgebäuden der Fall ist.  
44 Tierwohl ist auch nicht an eine bestimmte Betriebsgröße gebunden, vielmehr  
45 kommt es auf die tatsächlichen Haltungsbedingungen an.

46 Gerade jüngere Landwirtinnen und Landwirte leiden, wenn sie in der  
47 Öffentlichkeit unter den Generalverdacht der Tierquälerei gestellt werden.  
48 Die gesellschaftliche Dauerkritik an dem landwirtschaftlichen Berufsstand  
49 beschleunigt den Strukturwandel. Junge Landwirtinnen und Landwirte sind  
50 nicht mehr bereit, den elterlichen Betrieb zu übernehmen, solange sie  
51 gesellschaftlich stigmatisiert werden. Die Folge ist, dass immer mehr  
52 Betriebe aufgeben müssen und die Gesellschaft mit ihrer Kritik genau das  
53 befördert, was sie eigentlich nicht will: Das Sterben kleinbäuerlicher  
54 Betriebe und die zunehmende Konzentration auf weniger und immer größere  
55 Betriebe mit Massentierhaltung.

56 Die sogenannten Bauerndemos der letzten Jahre sind ein Beleg für die  
57 Entfremdung zwischen Verbraucherinnen und Verbrauchern einerseits und der  
58 Landwirtschaft andererseits. Während erstere immer höhere Ansprüche an eine  
59 ökologische Feldwirtschaft, an eine artgerechte Tierhaltung formulieren,  
60 ist die Realität der Landwirtschaft geprägt von schwankenden Preisen,  
61 Existenznöten und steigenden Kosten für Betriebsmittel. Nur mit höheren  
62 Einnahmen und verlässlichen Rahmenbedingungen können Investitionen gestemmt  
63 werden. Und ohne Investitionen ist mehr Tierwohl nicht zu haben. Ein  
64 Höchstmaß an Nachhaltigkeit ist nicht ohne ein Höchstmaß an  
65 Technologisierung zu erreichen. Das digitalisierte Güllefaß ist jedem  
66 herkömmlichen im Biolandbau überlegen, wenn es um Grundwasserschutz geht.  
67 Wir Freie Demokraten fordern deshalb einen New Deal zwischen Landwirtschaft  
68 und Gesellschaft. Die Forderungen der Gesellschaft im Bereich des Umwelt-  
69 und Naturschutzes sind berechtigt. Gleiches gilt aber auch für die Sorgen

70 der landwirtschaftlichen Betriebe, die von ihrer Arbeit leben müssen. Hier  
71 muss ein fairer Lastenausgleich geschaffen werden, wie es ihn in einigen  
72 Bereichen, etwa im sogenannten Vertragsnaturschutz bereits gibt. Der  
73 Grundgedanke des Vertragsnaturschutzes, wonach besondere ökologische  
74 Leistungen auch besonders honoriert werden, kann zu einem Fundament eines  
75 neuen, eines fairen Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Landwirtschaft  
76 werden.

### 77 **Artgerechte Haltung, besseres Einkommen**

78 Beim Umwelt- wie beim Tierschutz muss es nicht verhandelbare  
79 Grundanforderungen geben: Was andere Menschen gefährdet bzw. Tiere einer  
80 unzulässigen Qual aussetzt, muss gesetzlich verboten werden. Ansonsten  
81 führt der marktwirtschaftliche Wettbewerb zu dem Fehlanreiz, dass sich die  
82 niedrigsten Standards durchsetzen. In einer modernen Marktwirtschaft  
83 definiert die Gesellschaft, die Rahmenbedingungen und die  
84 Grundanforderungen, der Markt sorgt dann dafür, dass diese möglichst  
85 effizient und wirtschaftlich umgesetzt werden. Aber nur im Rahmen des  
86 gesetzlich Erlaubten.

87 Marktwirtschaft und Tierschutz sind kein Widerspruch. Im Gegenteil: die  
88 Marktwirtschaft kann dazu beitragen, den Tierschutz schneller,  
89 kostengünstiger und konsequenter umzusetzen, als dies mit staatlich-  
90 dirigistischen Korrekturmaßnahmen möglich wäre. Nicht Sondersteuern oder  
91 andere Lenkungsmechanismen, sondern klare Regeln und deren staatliche  
92 Durchsetzung sichern ein Höchstmaß an Tierschutz.

93 Wir Freie Demokraten fordern die konsequente Einbindung des Tierschutzes  
94 und einer artgerechten Tierhaltung in unsere freiheitliche  
95 Wirtschaftsordnung. Wir setzen uns für einen stringenten und konsequenten  
96 Tierschutz ein. Haltungsformen wie Anbindehaltung und Kastenstand müssen so  
97 schnell wie möglich tierfreundlicheren Alternativen weichen. Praktiken, die  
98 erkennbar und offensichtlich ethisch unvertretbar sind, wie das  
99 Kükenschreddern oder die betäubungslose Ferkelkastration, müssen ohne Wenn  
100 und Aber europaweit verboten werden. Tierquälerei ist mit den Werten einer  
101 freiheitlich-demokratischen Gesellschaft unvereinbar.

102 Um das Ziel einer artgerechten Tierhaltung zu erreichen, muss auch den  
103 berechtigten Belangen der Landwirtschaft Rechnung getragen werden.  
104 Stallgebäude sind sehr langfristig angelegte Investitionsgüter, deren  
105 Nutzung auf viele Jahre angelegt ist. Gesellschaftliche Wertvorstellungen  
106 entwickeln sich aber so dynamisch, dass es für die landwirtschaftlichen  
107 Betriebe sehr schwierig und teuer ist, sich den geänderten Anforderungen  
108 anzupassen. Den Betrieben diese Anpassung zu ermöglichen und sie dabei zu

109 unterstützen, ist im Interesse der Gesellschaft und auch der Tiere.

110 Wir haben Vertrauen in unsere Landwirtinnen und Landwirte und wollen sie  
111 mit einem funktionierenden Kontrollsystem der Veterinärämter dabei  
112 unterstützen, das Vertrauen der Bevölkerung zu erhöhen. Wir fordern, dass  
113 die Veterinärämter finanziell aufgestockt werden und die Intervalle in  
114 Regionen mit kaum Kontrollen stark verkleinert werden. Alle zehn Jahre  
115 sollte zudem mindestens eine unangekündigte Kontrolle stattfinden.  
116 Gleichzeitig muss der Staat Landwirtinnen und Landwirte mit allen  
117 rechtsstaatlichen Mitteln vor Stalleinbrüchen schützen und dagegen  
118 vorgehen.

119 Wir Freie Demokraten fordern deshalb mehr staatliche Unterstützung im  
120 Bereich der artgerechten Tierhaltung. Diese sollte aber nicht über den  
121 Umweg einer staatlichen Abgabe erfolgen. Eine Abgabe schafft zusätzliche  
122 Bürokratie und komplizierte Finanzströme. Das öffentliche Interesse an  
123 kontinuierlich artgerechten Haltungsformen in der Landwirtschaft  
124 rechtfertigt eine finanzielle Unterstützung der landwirtschaftlichen  
125 Betriebe. Es geht hier um nicht mehr und nicht weniger als um die zentrale  
126 Frage, ob uns eine artgerechte Tierhaltung etwas wert ist.

127 Die höheren Preise für Erzeugnisse aus artgerechter Tierhaltung wollen wir  
128 Freie Demokraten nicht über Sonderabgaben erreichen, sondern über  
129 Transparenz und eine generelle Anhebung der Standards in der Tierhaltung,  
130 und zwar auf europäischer Ebene. Die Bundesregierung ist gefordert, ihre  
131 Ratspräsidentschaft zu nutzen, hier schnellstmöglich zu einer belastbaren  
132 Übereinkunft zu kommen. Gesunder Wettbewerb in einer funktionierenden  
133 Marktwirtschaft ist ein Wettbewerb um Effizienz aber niemals ein Wettbewerb  
134 um die niedrigsten sozialen und ethischen Standards. Wertedumping ist für  
135 Freie Demokraten keine Option.

136 Wir Freie Demokraten fordern von der Bundesregierung belastbare Initiativen  
137 nicht nur auf Ebene der Europäischen Gemeinschaft, sondern auch der  
138 Vereinten Nationen. Das Wohlergehen unserer Nutztiere ist kein  
139 individuelles, kein nationales, es ist ein ethisches, ein globales Anliegen  
140 und muss sich auch in der politischen Haltung niederschlagen.

#### 141 **Tierfreundliche Digitalisierung**

142 Wir Freie Demokraten fordern, der artgerechten Tierhaltung auch in  
143 Forschung und Beratung mehr Bedeutung beizumessen. Die Digitalisierung  
144 eröffnet zahlreiche Möglichkeiten, das Tierwohl zu steigern. Schon heute  
145 kann so die Fütterung der Tiere individuell angepasst werden. Die  
146 Digitalisierung ermöglicht es gerade auch in der Tierhaltung, den

147 Bedürfnissen des einzelnen Tieres in weit größerem Maße Rechnung zu tragen  
148 als dies bisher der Fall war. Diese Chancen wollen wir Freie Demokraten  
149 unbedingt nutzen. Zahlreiche Start-ups haben das Potential der  
150 Digitalisierung im Bereich der Tierhaltung erkannt und entwickeln Systeme,  
151 um die Tierhaltung individueller und artgerechter zu gestalten. So gibt es  
152 schon heute spezielle Gesundheitsapps für Tiere, die kontinuierlich deren  
153 Gesundheitszustand erfassen und so dazu beitragen, den  
154 Medikamentenverbrauch zu reduzieren und die Lebensqualität der Tiere zu  
155 erhöhen. Früh erkannte Krankheiten machen den Antibiotikaeinsatz  
156 entbehrlich. Diese Chancen müssen flächendeckend genutzt werden.

### 157 **Transparenz schützt Tiere**

158 Wir Freie Demokraten setzen auch bei der artgerechten Tierhaltung auf den  
159 Markt. Der Staat muss klare Standards vorgeben, darüber hinaus muss er aber  
160 Anreize schaffen, die eigendynamische Entwicklungen in Richtung mehr  
161 Tierwohl befördern. Zahlreiche Umfragen belegen, dass es eine Bereitschaft  
162 der Verbraucherinnen und Verbraucher gibt, für Produkte aus artgerechterer  
163 Tierhaltung höhere Preise zu bezahlen. Die Einführung einer Deklaration  
164 der Haltungsform bei Hühnereiern hat dazu geführt, dass Eier aus  
165 Käfighaltung weniger und Eier aus anderen Haltungsformen in weit stärkerem  
166 Maß nachgefragt werden.

167 Wir Freie Demokraten fordern, diesen Mechanismus auch auf andere  
168 Tiererzeugnisse auszudehnen. Ein ganz wesentlicher Aspekt für eine  
169 funktionierende Marktwirtschaft ist Transparenz. Die Kundinnen und Kunden  
170 müssen wissen, was sie kaufen. Bezogen auf eine artgerechte Tierhaltung  
171 müssen sie auf einfache Weise erfassen können, welches Produkt aus einer  
172 Haltung stammt, die minimal verbesserten oder nachhaltigen Ansprüchen  
173 entspricht.

174 Wir Freie Demokraten fordern deshalb ein einfaches, transparentes und  
175 verpflichtendes Tierwohllabel in der gesamten EU. Wir schreiben den  
176 landwirtschaftlichen Betrieben innerhalb der zulässigen Grenzen keine  
177 bestimmte Haltungsform vor. Wir erwarten aber, dass sie bereit sind, sich  
178 dazu zu bekennen, wie sie ihre Tiere halten. Deshalb ist es für uns  
179 wichtig, dass das Tierwohllabel verpflichtend ist. Nur so kann eine  
180 vollständige Markttransparenz gewährleistet werden. Wer wirklich nur auf  
181 den Preis achtet, muss sich auch selbst der Verantwortung dafür stellen,  
182 was dieser für das Tier bedeutet. Marktwirtschaft braucht Verantwortung und  
183 mit der Kaufentscheidung ist auch die Übernahme einer ethischen  
184 Verantwortung verbunden. Wir Freie Demokraten wollen niemandem eine  
185 Kaufentscheidung aufzwingen, wir wollen aber dass sich jeder der

186 Verantwortung für seine Kaufentscheidung stellt.

187 Tierschutz und Tierwohl sind wichtige Anliegen unserer Gesellschaft. Wir  
188 Freie Demokraten wollen deshalb beides fest in unserer Rechtsordnung und  
189 unserem Wirtschaftssystem verankern. Unsere soziale Marktwirtschaft ist  
190 nicht nur ein Garant einer dynamischen Wirtschaft und damit unseres  
191 Wohlstandes. Unsere Marktwirtschaft kann uns auch dabei helfen, unsere  
192 zentralen gesellschaftspolitischen Anliegen effizient umzusetzen. Unsere  
193 soziale Marktwirtschaft kann auch Tierschutz. Wenn der Staat klare Regeln  
194 setzt, trägt der Wettbewerb zu maximalem Tierschutz zum besten Preis bei.  
195 Darauf kommt es an, denn jeder soll artgerechte Tierhaltung durch seine  
196 Kaufentscheidung unterstützen können, ganz gleich wie hoch sein  
197 individuelles Einkommen ist.

### 198 **Tierschutz weltweit verwirklichen**

199 Das Eintreten für Tierschutz und Artenvielfalt ist uns auch weltweit ein  
200 wichtiges Anliegen. Wir wollen die Bekämpfung des Handels mit bedrohten  
201 Tierarten global vorantreiben und konsequenter durchzusetzen. Die Abholzung  
202 von Urwäldern als Lebensraum zahlreicher bedrohter Tierarten lehnen wir  
203 innerhalb und außerhalb der EU ab. Um den tropischen Regenwald zu schützen,  
204 setzen wir uns für die völkerrechtliche Ächtung negativer Waldbilanzen von  
205 Staaten und für die konsequente Überprüfung und Sanktionierung illegaler  
206 Regenwaldholz-Importe ein. Erhobene Bußgelder sollen zum Erwerb und Schutz  
207 von Regenwald eingesetzt werden. Deutschland soll seine  
208 Entwicklungszusammenarbeit an den Erhalt von Wald knüpfen und auf diesem  
209 Weg einen zentralen Beitrag zum Tierschutz leisten.

### **Begründung**

Erfolgt mündlich.